

Landeshauptstadt Dresden
Ortschaftsrat Schönfeld-Weißig



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 8. Sitzung des Ortschaftsrates Schönfeld-Weißig (OSR SW/008/2015)

am Montag, 16. März 2015,

19:31 Uhr

**in der Verwaltungsstelle Schönfeld-Weißig, Ratssaal, 2. Etage, Raum 208/209,
Bautzner Landstraße 291, 01328 Dresden**

Öffentlicher Teil der Sitzung:

Beginn: 19:31 Uhr
Ende: 21:45 Uhr

Nicht öffentlicher Teil der Sitzung:

Beginn: 21:47 Uhr
Ende: 21:57 Uhr

Anwesend:Vorsitzende

Daniela Walter

Mitglied Liste CDU

Hans-Jürgen Behr

Bernd Forker

Renate Franz

Carsten Preussler

Mario Quast

Matthias Rath

Dr. Christian Schnoor

Manuela Schreiter

Holger Walzog

Mitglied Liste DIE LINKE

Norbert Kunzmann

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Manuela Schott

Reinhard Vettters

Mitglied Liste FDP

Manfred Eckelt

Mitglied Liste Unabhängige Wählergemeinschaft Schönfelder Hochland

Werner Friebel

Olaf Zeisig

Verwaltungsmitarbeiterin

Heike Krause

Abwesend:Mitglied Liste SPD

Joachim Kubista

Mitglied Liste CDU

Bernd Jannasch

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|-----|---|-------------------------------------|
| 1 | Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Bericht der Ortsvorsteherin | |
| 3 | Bürgerfragestunde | |
| 4 | Einwendungen zur Niederschrift der 7. Sitzung vom 23.02.2015 | |
| 5 | Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse der 7. Sitzung vom 23.02.2015 | |
| 6 | Bestätigung bzw. Neuwahl der Streitvertretung der ehemaligen Gemeinde Schönfeld-Weißig
BE: Herr Rechtsanwalt Dr. Ney | V-SW0020/15
beschließend |
| 7 | Information des Ortschaftsrates zum aktuellen Sachstand der Vorlage V0085/2014 - Maßnahmeplan zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungsmöglichkeiten für besondere Bedarfsgruppen in den Jahren 2015/2016 | |
| 8 | Satzung über die Bereitstellung, Benutzung und Betreibung von Unterbringungseinrichtungen für Asylbewerber sowie Flüchtlinge nach § 3 SächsFlüAG | A0022/15
beratend |
| 8.1 | Antrag zur Ablehnung A0022/15 | A-SW0005/15
beschließend |
| 9 | Sitzungsverlauf
Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020)
Hinweis: Diese Unterlagen wurden bereits zugestellt! | V0220/14
beratend |
| 9.1 | Antrag auf Aufnahme einer Erarbeitung eines Stadtteilkonzeptes und einer jährlichen Berichtspflicht
Sitzungsverlauf | A-SW0006/15
beschließend |
| 10 | Flächennutzungsplan | V-SW0022/15
beschließend |
| 11 | Verwendung von Verfügungsmitteln der Ortschaft Schönfeld-Weißig zur Heimat- und Traditionspflege | V-SW0021/15
beschließend |
| 12 | Informationen | |

Nicht öffentlich

- | | | |
|----|--|--|
| 13 | Einwendungen zur Niederschrift der 7. Sitzung vom 23.02.2015 | |
|----|--|--|

14 Sonstige Anfragen der Ortschaftsräte und Informationen

öffentlich

1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die OVin

eröffnet die Sitzung um 19:31 Uhr und begrüßt die Räte und Gäste.

Die fristgemäße Zustellung wird festgestellt. Die Beschlussfähigkeit wird mit 16 Räten festgestellt.

Herr Kubista und Herr Jannasch sind entschuldigt.

Sie gibt folgende Änderungen zur Tagesordnung bekannt:

Der TOP 11.1 wird ergänzt um den Punkt

- Asylbewerberheim in Pappritz

und soll im Interesse der anwesenden Bürger als TOP 7 behandelt werden, die nachfolgenden TOP verschieben sich dementsprechend.

Die Räte stimmen der geänderten Tagesordnung einstimmig zu (Ja 16/Nein 0/ Enth. 0).

Frau Schott

stellt einen Antrag, den TOP 9 zu zurückzustellen, da ihr die Unterlagen nicht fristgerecht und unvollständige Vorlagen zugegangen sind. Jeder Zweite bekommt jetzt überarbeitete Karten ausgereicht, dies wird bemängelt.

Die OVin

erinnert an die Umfrage an die OR in welcher Form ihnen der FNP zugestellt werden sollte. Dementsprechend wurde jedem OR in gewünschter Form und fristgerecht der FNP zur Verfügung gestellt (digital per CD oder in Papierform).

In der Bauausschusssitzung, in der Vorwoche, wurde festgestellt, dass man mit dem FNP in Papierform besser arbeiten kann. In der Ausschusssitzung fand eine Aufarbeitung statt von Beschlüssen, die im November 2013, gemacht wurden und inwieweit diesen gefolgt wurde. Frau Schott war dort auch anwesend. Am 12.03 fand zu diesem Thema eine Bürgerversammlung statt, bei der leider nur drei OR anwesend waren. Herr Faupel brachte dort eine Vorlage mit, die nun mit eingearbeitet wurde, mit Begründungen weswegen bestimmten Vorschlägen nicht gefolgt wurde. Bis zu Beginn der heutigen Ortschaftsratssitzung wurde an der Vorlage zum FNP gearbeitet. Die einzelnen Maßnahmen werden heute besprochen und detailliert vorgestellt. Da das Thema für die Bürger sehr wichtig ist, sollte der TOP nicht verschoben werden.

Herr Veters

stimmt dem Antrag der Frau Schott zu und fügt an, dass die Unterlagen nicht mit den bisher erhaltenen Unterlagen sowie den ausliegenden Unterlagen identisch sind, bzw. wesentliche Veränderungen gemacht wurden. Es sollte ausreichend Zeit gegeben werden, diese zu bewerten.

Herr Dr. Schnoor

erklärt, dass in der Bauausschusssitzung am 11.03.2015 bereits alles ausführlich besprochen wurde. Jeder konnte entscheiden wie er die Unterlagen erhält. Die Änderungen wurden bereits mehrmals beraten. Die Ergänzungen werden heute nochmals detailliert vorgestellt.

Herr Behr

fügt an, dass bereits mehrere Ausschüsse zu diesem Thema stattfanden und jeder sich hätte informieren können.

Frau Schott

erklärt, dass der FNP für die Bürger sehr wichtig ist und sie das Verfahren wundert und die aufgeführten Argumente nicht relevant sind. Sie bleibt bei ihrem Antrag.

Die OVin

lässt über den Antrag der OR Frau Schott abstimmen ob der TOP 9 von der Tagesordnung genommen werden soll.

Ja 3/ Nein 13 / Enthaltung 0

Der TOP 9 bleibt bestehen.

2 Bericht der Ortsvorsteherin

Die OVin berichtet,

- Der jährliche Frühjahrsputz in der Ortschaft rückt näher **28. März 2015**. Aufruf zur Teilnahme vieler fleißiger Helfer. Infos zu Treffpunkten wurden im Hochlandkurier bekannt gegeben. Verwaltungsstelle unterstützt mit Essenverteilung und Müllabfuhr.
- Das Osterfeuer findet am **5. April 2015** auf dem Gelände am Sportplatz Heinrich-Lange-Straße statt. Die Organisation und Durchführung übernehmen die SG Weißig und die Freiwillige Feuerwehr Weißig. Wer etwas Brennbares zum Osterfeuer beitragen kann, wird gebeten, dies anzuliefern.
- Die Einsicht in den Flächennutzungsplan und den Landschaftsplan ist noch bis zum **10.04.2015** in der Verwaltungsstelle und im Internet möglich. Die Beteiligung der Bürger zur Informationsveranstaltung am 12.03.2015 wurde gut angenommen und bewusst von den Bürgern, deren beabsichtigte Grundstücksnutzung problematisch ist, genutzt.
- Die Offenlegung der Änderungen im Planfeststellungsverfahren zur S177 erfolgt noch bis **02.04.2015**. Stellungnahmen werden noch bis zum **08.04.2015** in der Landesdirektion entgegen genommen. Die Bürgerbeteiligung war bisher reichlich und interessiert.

Bericht zu den laufenden Baumaßnahmen

Hochlandstraße Borsberg

- Auslauf Regenwasserkanal ist fertiggestellt
 - sämtliche Kabel sind im gesamten Fußwegbereich von Bauanfang bis Bauende verlegt, eingemessen und eingesandet.
 - gesamte Grabenbereich ist komplett verfüllt und verdichtet
 - Rigole ist eingebaut und Baugrube verfüllt
 - derzeit erfolgt der Einbau der Drainage, Schmutzwasser- und Straßenabläufe sowie Verlegung des Entwässerungskanals
 - Realisierung entsprechend Bauablaufplan
- Baubeginn war Herbst 2014, bis 30.06.2015 existiert die Vollsperrung noch.

Zur Busverbindung nach Pillnitz soll es in der nächsten Ausschusssitzung weitere Informationen geben.

Schul-/Mühlteich Schullwitz

- Maßnahme kurz vor Abschluss

Umverlegung Schullwitzbach/Offenlegung Rosinendorfwasser Eschdorf

- Bautenstand entsprechend Witterungslage (Unterbrechung durch Niederschlagswetter im Februar)

3 Bürgerfragestunde

Herr Michael Bockting stellt sich als Vorstand des neu gegründeten Vereins „Willkommen im Hochland“ vor. Er schlägt eine Zusammenarbeit mit dem Ortschaftsrat vor. Welche Möglichkeiten gibt es miteinander ins Gespräch zu kommen? Bisherige Kontaktversuche mit der O-Vin schlugen fehl.

Die OVin

ist überrascht zu hören, dass sie bisher zweimal eingeladen wurde, auch von Kontaktversuchen ist ihr nichts bekannt. Die einzige Einladung die sie erhielt, war vom Sozialamt am Tage der Veranstaltung, zur Vorbereitung des Tages der offenen Tür. Sie bemängelt, dass das Sozialamt ausschließlich mit dem Verein kommuniziert. Auch dass der Tag der offenen Tür nun am 22.03.2015 stattfinden soll, ist weder der Verwaltungsstelle noch dem OR bekannt. Heute werden die eingeladenen Vertreter des Sozialamtes hoffentlich auf die offenen Fragen antworten können, danach könne der OR die weitere Vorgehensweise beraten und sich bezüglich des Anliegens von Herrn Bockting verständigen.

4 Einwendungen zur Niederschrift der 7. Sitzung vom 23.02.2015

Zur Niederschrift gab es keine Einwendungen durch die OR.

5 Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse der 7. Sitzung vom 23.02.2015

- Beschluss SW07/07/2015: Verzicht des OR auf die Durchsetzung eines öffentlichen Wegerechtes im OT Weißig mangels rechtlicher Voraussetzungen
- Beschluss SW07/08/2015: Zurückstellung eines Antrages zur Nutzung einer kommunalen Liegenschaft im OT Cunnersdorf bis zur Vorlage des Prüfergebnisses eines alternativen Lösungsvorschlages.
- Beschluss SW07/09/2015: Zustimmung zur teilweisen Herausnahme von Flächen aus dem Geltungsbereich des sich in der Aufstellung befindlichen B-Planes 329 Dresden-Pappritz Nr. 4

6 Bestätigung bzw. Neuwahl der Streitvertretung der ehemaligen Gemeinde Schönfeld-Weißig
BE: Herr Rechtsanwalt Dr. Ney

V-SW0020/15
beschließend

Die OVin

teilt mit, dass es eine Aufforderung seitens der Landesdirektion gibt, die Bestätigung neu durchzuführen.

Herr Dr. Ney stellt sich vor und erklärt die Wichtigkeit der Streitvertretung. Er erläutert den Streit mit der Stadt zur Umsetzung des Eingliederungsvertrages. Es wurde damals ein gerichtlicher Vergleich geschlossen, die LHS DD hat dort im Wesentlichen zugestanden, dass die Maßnahmen, die damals zugesagt wurden, auch umgesetzt werden müssen. Das ist zum Teil geschehen aber zum Teil noch nicht alles erfüllt, da es nicht finanzierbar sei. Deshalb wurde die Landesdirektion mit einbezogen zur Überwachung und Durchsetzung des Vergleichs. Es gab seitdem viele Gespräche und Aufforderungen alles zu Ende zu bringen. Was aber noch im Raum steht, ist die formale Frage, wer für die ehemalige Gemeinde tätig wird. Vertritt der OR weiter und die Ortsvorsteherin oder die Streitvertreter, Herr Behr und Herr Reichel, die bereits vor der Eingemeindung, 1998, bestimmt wurden und in den Folgejahren wieder bestätigt wurden. Um keine Angriffsfläche zu bieten und problemfrei zu arbeiten, ist der einfachste Weg doppelgleisig zu fahren, wie in der Vergangenheit bereits geschehen. Das man sagt zum einen stellt sich der Ortschaftsrat hinter die Durchsetzung und zum anderen die Streitvertreter. Im Schreiben der Landesdirektion ist zum Ausdruck gebracht worden, dass die Streitvertreter bestätigt werden sollen.

Frau Schott,

möchte wissen, ob aus dem Schreiben der Landesdirektion hervorgeht, wer das Honorar für Herrn Dr. Ney bezahlen muss. Sie erinnert an die vorangegangene Auseinandersetzung mit der Stadt, in der BM Sittel ablehnte das Honorar zu tragen.

Herr Dr. Ney

antwortet, dass dies nicht aus dem Schreiben hervorgeht, sondern im Eingliederungsvertrag geregelt sei. Die LHS DD hat die Kosten zu tragen wenn es zu einem Rechtsstreit kommt. Dies war für das damalige Verfahren auch so.

Beschluss-Antrag: Der OR Schönfeld-Weißig bestätigt die bestehenden Streitvertreter Herrn Hans-Jürgen Behr und Herrn Jürgen Reichel sowie die Stellvertreter Herrn Dr. Christian Schnoor als Stellvertreter für den Streitvertreter Herrn Hans-Jürgen Behr und Herrn Manfred Eckelt als Stellvertreter für den Streitvertreter Herrn Jürgen Reichel.

SW 08/01/2015

Der Ortschaftsrat Schönfeld-Weißig bestätigt die bestehenden Streitvertreter Herrn Hans-Jürgen Behr und Herrn Jürgen Reichel sowie die Stellvertreter Herrn Dr. Christian Schnoor als Stellvertreter für den Streitvertreter Herrn Hans-Jürgen Behr und Herrn Manfred Eckelt als Stellvertreter für den Streitvertreter Herrn Jürgen Reichel.

Damit besteht die Streitvertretung insgesamt aus:

Streitvertreter:	Hans-Jürgen Behr	Jürgen Reichel
Stellvertreter:	Dr. Christian Schnoor	Manfred Eckelt

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP beendet. Da Frau Scholz und Herr König noch nicht anwesend waren, stellte Herr OR Vettters einen Antrag, seine Tischvorlage (Beschlussvorschlag von den GRÜNEN, die LINKE; SPD), vorzuziehen. [Herr Vettters sandte am Donnerstagabend, 05.03. lediglich per E-Mail den Antrag, den TOP Asylbewerberheim in Pappritz auf die TO zu setzen und kündigte die Beschlussvorlage als Tischvorlage an. Dem Wunsch wurde insoweit gefolgt, dass der TOP 11.1 an TOP 7 gerückt ist und ergänzt wurde um die Definition „Asylbewerberheim Pappritz (obwohl dies Inhalt der Information zu V0085/2014 ist) siehe TOP 1].

Herr Behr

stellt hiermit einen Geschäftsordnungsantrag diesen Antrag zurückzustellen auf die nächste Sitzung, da es keine Möglichkeit gab, sich mit dieser Vorlage auseinanderzusetzen.

Frau Schott

weist darauf hin, dass der Antrag am Donnerstag eingereicht wurde, am Freitag wurde er versandt und wenn man so will fristgerecht eingereicht durch Herrn Veters. Die formalen Gründe wären somit nicht gegeben. Der bevorstehende Tag der offenen Tür für das Asylbewerberheim Pappritz drängt, zur nächsten Sitzung sind die Flüchtlinge bereits eingezogen, d. h. es liegt ein schwerwiegendes Problem vor, welches nicht nur die Pappritzer bewegt. Der Fairness wegen sollte der Antrag zumindest verlesen werden.

Herr Veters

möchte eine Stellungnahme zum Geschäftsordnungsantrag abgeben. Am vergangenen Donnerstag wurde der Antrag bei der OVin eingereicht und mitgeteilt, dass sich der konkrete Inhalt noch in der Abstimmung zwischen den Mitgliedern befand, daher die heutige Tischvorlage. Da es keine Reaktion der OVin gab, ging Herr Veters davon aus, auch aufgrund der Dringlichkeit, dass es heute behandelt wird.

Herr Dr. Schnoor

widerspricht Herrn Veters entschieden. Eine inhaltliche Beschäftigung war nicht möglich, (darin sind 6 verschiedene Anträge enthalten) Antrag ist somit rechtswidrig. Wenn Herr Veters das Thema für so wichtig hält, sollte man sich an die Regeln halten, die Geschäftsordnung und die Fristen müssen eingehalten werden.

Frau Walter

erklärt OR Behr stellte einen Geschäftsordnungsantrag, dieser lautet:
Den Beschlussvorschlag auf die nächste OR-Sitzung zu vertagen.

SW08/02/2015

Die OR verständigten sich mehrheitlich zur Vertagung.

12 Ja / 3 Nein / 1 Enthaltung

7 Information des Ortschaftsrates zum aktuellen Sachstand der Vorlage V0085/2014 - Maßnahmenplan zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungsmöglichkeiten für besondere Bedarfsgruppen in den Jahren 2015/2016

Frau Scholz erläutert den Stand zum geplanten Asylbewerberheim in Pappritz

- Bauabnahme (Zuarbeiten vom Brandschutzprüfer bis heute noch nicht alle da bis 18.03. zugesichert)
- Das Sozialamt geht davon aus, dass ihnen das Objekt am 18.3. übergeben wird
- Tag der offenen Tür wird nun am Sonntag, 22.03. von 14 - 17 Uhr stattfinden, dies wird am 19.03. im Amtsblatt bekannt gegeben, Herr BM Seidel sowie Frau Dr. Blankenburg werden da sein (Betreiberkonzept, Sicherheitskonzept wird dann dort ausliegen, dies sei noch in Bearbeitung)
- wer dort einzieht kann jetzt noch nicht gesagt werden, dies ist von der Zuweisungspraxis der Landesbehörde in Chemnitz abhängig und wird 2-3 Tage vor Einzug festgelegt, (25. und 30.03. sind Zuweisungstage)
- nach Dresden kommen nur Asylbewerber die eine Gesundheitsprüfung abgelegt haben
- Im BaMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) werden Akten für die Flüchtlinge angelegt und es findet eine Anhörung statt
- Polizei hat Gebäude bereits besichtigt
- Für die soziale Betreuung ist neben dem Betreiber auch der Verein für Integration von Ausländern und Aussiedlern, unterstützt durch Frau Dr. Blankenburg, tätig (bereits im Objekt Pillnitzer Landstraße)

- Auf die Frage, ob die Schreiben der OVin an GB5 von Ende 2014 beantwortet wurden, erklärt Frau Scholz, dass am 26.11.2014 und ca. 7./8. Januar 2015 Antwortschreiben von BM Seidel an die OVin versandt wurden

Herr König erklärt den Ablauf des Tages der offenen Tür im Asylbewerberheim Pappritz

- Der Termin wurde von Montag auf Sonntag verlegt und dient der Information für die Bürger, es erfolgen keine gesonderten Einladungen, jeder ist willkommen
- Die Zimmer und Etagen können besichtigt werden evtl. gibt es Führungen, Anwohner werden Kaffee und Kuchen anbieten und man kann ins Gespräch kommen
- Es gibt zu jeder vollen Stunde Vorträge vom Sozialamt (Asylverfahren, Zuweisung, Maßnahmeplan, Fragen der Anwohner)
- Die Initiative "Willkommen im Hochland" wird sich vorstellen
- Es wird ein Flyer ausliegen mit den 10 wichtigsten Informationen zum Haus und wenn bekannt welche Bewohner einziehen werden
- Der Betreiber "Human Care" Ansprechpartnerin Frau Karmasch wird auch vor Ort sein und für Fragen zur Verfügung stehen
- Das Betreiber- und Sicherheitskonzept wird ausliegen zur Einsichtnahme
- Sie erhoffen sich eine breite Resonanz

Fragen der OR

Herr Eckelt

fragt nach dem Betreuungsschlüssel und welche Art Zaun zwischen der Unterkunft und der Nachbarschaft errichtet werden soll. Und wie werden die Asylbewerber tagsüber beschäftigt da es in der Umgebung kaum Freizeitmöglichkeiten gibt, erhalten die Bewohner eine Monatskarte?

Frau Scholz

antwortet, dass der Betreuungsschlüssel zurzeit bei 1 Sozialarbeiter:100 Asylsuchende liegt und dass es eine zusätzliche soziale Betreuung durch die Heimleitung geben wird. Zurzeit ist noch nicht bekannt welche Bauweise der Zaun haben wird da dies noch geprüft wird. Alle Asylbewerber erhalten eine Grundleistung von monatlich 326 Euro, von diesem Geld muss der Lebensunterhalt bestritten werden, einschließlich der Monatskarte. Da die Bewohner Anspruch auf den Dresden-Pass haben, erhalten sie dann die Monatskarte vergünstigt. Die Freizeitgestaltung wird von einem Netzwerk gestaltet mit Hilfe von Frau Dr. Blankenburg als Regionalverantwortliche und Heimleitung sowie der Betroffenen selbst. Jeder ist aufgerufen zu unterstützen. Es wird angeregt Arbeitsgelegenheiten anzubieten, diese müssen jedoch gemeinnützig sein und dürfen nicht mehr als 100 Stunden übersteigen.

Herr Preußler

findet die Einladung zum Tag der offenen Tür sehr knapp. Die Veröffentlichung im Amtsblatt ist zu kurzfristig aus seiner Sicht, da hier großes Interesse der Anwohner besteht. Er möchte wissen ob die Feuerwehr das Objekt auch schon besichtigen konnte. Er interessiert sich welche Erfahrungen das Sozialamt mit befürchteten Vorurteilen gemacht hat, ob Vorfälle bekannt sind und wie damit umgegangen wird.

Frau Scholz

antwortet, dass die Verzögerungen aufgrund der Zuarbeiten des Architekten und Brandprüfers und somit, mit der verspäteten Übergabe des Objektes zutun haben. Sie stimmt zu, dass der Termin und die Bekanntgabe sehr kurzfristig ist, es war geplant dass der Brandprüfer am 06.03.2015 das Objekt übergibt, dann wäre ausreichend Zeit gewesen. Ursprünglich war als Termin der 23.03.2015 angedacht, aufgrund vieler Bürgerbeschwerden wurde dies nun auf einen Sonntag, den 22.03.2015, verlegt.

Zum Brandschutzgutachten kann Frau Scholz keine Auskunft geben. Die Erfahrungen in Dresden sind so, dass seitens der Polizei wenig Vorfälle bekannt sind. Sollte ein Verursacher bekannt sein, so wird dieser aus dem Konfliktfeld herausgenommen und außerhalb von Dresden untergebracht, damit hier der soziale Frieden gewahrt bleibt.

Herr Dr. Schnoor

die Frage von Herrn Preußler war doch, ob bekannt ist, dass die Feuerwehr das Gebäude bereits besichtigt hat und im Falle einer Gefahrenabwehr reagieren kann.

Frau Scholz

antwortet, dass das Sicherheitskonzept bzw. das Brandschutzkonzept derzeit noch erstellt wird und sie erst am Tag der Übergabe (voraussichtlich 18.03.) durch den Betreiber und den Brandschutzgutachter genaueres dazu bekannt wird.

Herr Dr. Schnoor

ihm sei bekannt, dass Nachbarn verwaltungsgerichtliche Schritte eingeleitet haben, die müssen ja von der LHS DD beachtet werden, sind da schon Neuigkeiten bekannt.

Frau Scholz

erklärt, dass nach ihrem Kenntnisstand die Klagen abgewiesen wurden.

Herr Behr

bemängelt die von Frau Scholz angesprochenen Antwortschreiben von Herrn BM Seidel, in dem er seine Antworten in andere Bereiche weiterträgt. Herr Behr bittet um Kopien der Antwortschreiben an die OR.

Die OVin

wünscht, dass das Sicherheits- sowie Betreiberkonzept vor dem Tag der offenen Tür an den OR zur Kenntnis gelangt. Auch wünscht sie, dass nicht nur mit dem Verein „Willkommen im Hochland“ kommuniziert wird, sondern der OR einbezogen wird.

Frau Schott

bezüglich der angesprochenen Arbeitsgelegenheiten, ist ihre Frage, welche Unterstützung von der Verwaltung Schönfeld-Weißig und dem OR, erwartet wird.

Frau Scholz

antwortet, dass es bereits Erfahrungen mit dem Ortsbeirat Altstadt und Leuben bezüglich der Arbeitsgelegenheiten gibt. Es muss ein Projekt eingereicht werden, welches gemeinnützig ist. Ebenso gibt es Erfahrungen mit dem Sächsischen Umschulungs- und Fortbildungswerk im Bereich des sozialen Möbeldienstes und mit Arbeit und Lernen. Jeder kann ein solches Projekt einreichen (freie Formulierung), Ansprechpartner Frau Schöne im Sozialamt (Tel.: 4884848) oder Frau Supan im Sozialamt (Tel.: 4884870), die Asylsuchenden erhalten als Stundenlohn 1,05 Euro und es dürfen nicht mehr als 100 Stunden sein.

Frau Franz

da man davon ausgehen muss, dass die Asylbewerber noch nicht Deutsch sprechen, fragt sie sich, wie dann die Verständigung und die Betreuung ablaufen soll.

Frau Scholz

sie hoffen, dass die Volkshochschule Dresden bald eine Förderung durch den Europäischen Sozialfond erhält und Deutsch-Kurse angeboten werden können, dies ist auch im Beschluss so verankert. Es gibt Bürgerinitiativen in ehrenamtlicher Tätigkeit, die Deutsch lehren wollen. Auch der Gemeindedolmetscherdienst, der 25 verschiedene Sprachen abdeckt, wird hier unterstützen bzw. wird versucht über andere Sprachen oder mit Händen und Füßen zu kommunizieren.

Herr Dr. Schnoor

weiß man von den abgewiesenen Klagen des Verwaltungsgerichts ob die Rechtsmittel bestandskräftig sind oder evtl. beim Oberverwaltungsgericht geklagt wird?

Dazu kann Frau Scholz nichts sagen.

Herr Behr

möchte wissen, ob die Sachkosten für die Ehrenamtlichen für den Deutsch-Unterricht erstattet werden?

Frau Scholz

weiß, dass Sachkosten im Rahmen des Stadtratsbeschlusses eingestellt wurden, dies wird für Ehrenamtliche nicht abgedeckt. Frau Winkler weiß, dass das Land gerade an einer Förderrichtlinie arbeitet, wo dies angedacht ist.

Die Ovin

wünscht sich eine bessere Zusammenarbeit mit dem Sozialamt und eine bessere Informationsbeteiligung.

**8 Satzung über die Bereitstellung, Benutzung und Betreuung
 von Unterbringungseinrichtungen für Asylbewerber sowie
 Flüchtlinge nach § 3 SächsFlüAG**

**A0022/15
beratend**

Herr König wird von der Ovin gebeten zum Stand der neuen Satzung zu informieren.

Herr König

informiert, dass die Vorlage in der Dienstberatung der Oberbürgermeisterin behandelt wurde, jetzt durch den Ältestenrat geht und es wird nun besprochen in welche Gremien diese Vorlage verwiesen wird.

Die Ovin

erklärt, dass die OR die Vorlage der AfD sowie die Stellungnahme von BM Seidel vorliegen haben. Welche Meinungen gibt es dazu?

Frau Schott

beantragt hiermit den Antrag der AfD für erledigt zu erklären, da der Entwurf sich in Überarbeitung befindet und dann erst in die Gremien geht. Es könne nicht angehen, einem Antrag der AfD zuzustimmen.

Herr Dr. Schnoor

erklärt, dass der Antrag der AfD nicht für erledigt erklärt werden kann, da hier bestimmte inhaltliche Forderungen für diese Satzung aufgestellt sind und da in einem bestimmten Stadium ein Entwurf vorliegt. Er hat Bedenken ob die Satzung nicht zum großen Teil das falsche Rechtsinstrument ist. Insbesondere heißt es hier in der Stellungnahme der Verwaltung, dass eine dynamische Verweisung auf eine Verwaltungsvorschrift des Freistaates enthalten sein soll. Das ist seiner Meinung nach verfassungsrechtlich sehr bedenklich. Es handelt sich hier nicht um taugliche Inhalte von Satzungen, etwa die Ausschreibung, deshalb lautet sein Antrag,

dass der OR die Verwaltung anregt, dass sie genauer prüft, ob hier eine Satzung ein taugliches Regelungsmittel ist.

Eine andere Stellungnahme sollte erst einmal nicht abgegeben werden, da nichts genaueres bekannt ist. Er betrachtet alles was von BM Seidel kommt, insbesondere was die Solidität der Arbeit betrifft, einschließlich der juristischen Solidität, mit Misstrauen und Skepsis.

Herr Behr

empfiehlt dem Antrag der AfD zuzustimmen. Es geht nicht um den Inhalt der Satzung sondern um das, was in der Satzung enthalten sein soll. Er verweist auf die Antwort des BM Seidel zu Punkt 4 des AfD-Antrages in dem es heißt „Eine Beteiligung der Ortschaftsräte bzw. Ortsbeiräte ist weder nach § 67 Abs. 1 Satz 1 SächsGemO, noch nach § 71 Abs. 2 SächsGemO geboten und aufgrund der stadtweiten Geltung der Satzung auch nicht zielführend, da Ortsspezifika nicht abgebildet werden können.“

Herr Dr. Schnoor

Die Angaben in der Stellungnahme der Stadtverwaltung wie auch im Antrag der AfD begründen erhebliche Zweifel daran, ob sämtliche erwähnten Regelungsgegenstände Gegenstand einer Regelung in einer Satzung sein können; sehr zweifelhaft ist auch, ob eine kommunale Satzung, wie von der Stadtverwaltung ihrer Stellungnahme zufolge geplant, eine dynamische Verweisung auf eine staatliche Verwaltungsvorschrift enthalten darf; überdies besteht keine Satzungscompetenz insoweit, als eine (durch Verwaltungsvorschrift konkretisierte) gesetzliche Regelung besteht.

Frau Schott

hält ihren Antrag aufrecht. Es könne nicht angehen, einem Antrag der AfD zuzustimmen.

Die OVin

erklärt, dass der OR eine Stellungnahme abgeben muss.

Herr Behr

erklärt die Wichtigkeit, wenn wir jetzt keine Änderung fordern, kommt es erst gar nicht in den Entwurf.

Die OVin bringt den Antrag der AfD mit den Ergänzungen von Herrn Dr. Schnoor wie folgt zur Abstimmung:

SW08/04/2015

Der Ortschaftsrat Schönfeld-Weißig stimmt dem Antrag insbesondere auf Nr. 4 des Antrages zu, es ist zu prüfen, inwieweit eine Satzung das richtige Rechtsinstrument ist.

Begründung:

Die Angaben in der Stellungnahme der Stadtverwaltung wie auch im Antrag der AfD begründen erhebliche Zweifel daran, ob sämtliche erwähnten Regelungsgegenstände Gegenstand einer Regelung in einer Satzung sein können; sehr zweifelhaft ist auch, ob eine kommunale Satzung, wie von der Stadtverwaltung ihrer Stellungnahme zufolge geplant, eine dynamische Verweisung auf eine staatliche Verwaltungsvorschrift enthalten darf; überdies besteht keine Satzungscompetenz insoweit, als eine (durch Verwaltungsvorschrift konkretisierte) gesetzliche Regelung besteht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 13 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

8.1 Antrag zur Ablehnung A0022/15

Sitzungsverlauf

**A-SW0005/15
beschließend**

SW08/03/2015

Der Ortschaftsrat Schönfeld-Weißig lehnt den Antrag von Frau Schott - diesen Antrag als erledigt zu betrachten- ab.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 3 Nein 13 Enthaltung 0

- | | | |
|----------|--|------------------------------------|
| 9 | Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020)
Hinweis: Diese Unterlagen wurden bereits zugestellt! | V0220/14
beratend |
|----------|--|------------------------------------|

Herr Walzog verlässt den Sitzungssaal (21:01 Uhr)

Herr Walzog ist wieder im Sitzungssaal (21:03 Uhr)

Frau Winkler erläutert ihre Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage).

Wichtig ist die Frage „Was braucht der Mensch“, hinter den vielen abstrakten Begriffen stehen immer Menschen dahinter. Die Migrationshintergründe sind sehr weit gefächert (Asylsuchende nur 4 %).

Es gab viele Arbeitsgruppen mit Praktikanten, Vereinen, Initiativen und Behörden.

Das Integrationskonzept was jetzt vorliegt, ist das Dritte der LHS DD und umfasst eine sehr ausführliche Situationsanalyse, zunächst in elf kommunalen Handlungsfeldern.

Herr Behr

möchte wissen, inwieweit bekannt ist, wie man die Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere Kinder und Jugendliche schulisch bilden kann und ob diese auch gezwungen werden können Deutsch zu lernen? Gibt es Erfahrungen auch was die Berufsausbildung angeht.

Frau Winkler

antwortet, dass die Schulpflicht für Migranten genauso gilt wie für andere Kinder. Dies wird gewährleistet und auch eingehalten und vom Schulverwaltungsamt überwacht und ggf. sanktioniert. Meistens liegt eine ungewollte Schulpflichtverletzung vor, aus Unwissenheit. Es ist auch bekannt, dass die meisten Migranten bereit sind Deutsch zu lernen, aber längst nicht so viele Angebote vorhanden sind, wie gebraucht würden. Eine Berufsausbildung durchzuführen ist abhängig vom Aufenthaltsstatus, wenn dieser gesichert ist gibt es keine Probleme. Für Asylsuchende war dies bisher nicht möglich soll sich aber ändern. Es ist geplant, dass während der Ausbildungszeit ein sog. Aufenthaltsrecht greift. Bisher sind unauffällige Entwicklungen bekannt. Schwierig ist es mit denen, die in Deutschland keine oder erst spät die Schule besucht haben, aufgrund der Sprachbarriere. Dort sind recht hohe Abbruchquoten bekannt.

Frau Franz

möchte wissen, warum so wenig Sozialarbeiter eingesetzt werden wenn der Mensch im Fokus steht, wir haben alle eine Fürsorgepflicht.

Frau Winkler

antwortet, dass der Betreuungsschlüssel ja bereits verbessert wurde und das für Kinder und Jugendliche mehr Hilfe geplant ist. Es ist ein intensiver Dialog mit der Stadtverwaltung erforderlich.

Frau Schott

möchte der Verwaltung für das aktuelle und moderne Integrationskonzept danken, empfindet es aber in der aktuellen Fassung mit 109 Seiten als zu lang. Sie findet es schade, dass die Ortschaft Schönfeld-Weißig nicht konkret darin vorkommt und bittet um Aufnahme, dass der OR Schönfeld-Weißig an der Erarbeitung eines Stadtteilkonzeptes beteiligt wird und bittet um Einbezug in die jährliche Berichterstattung.

Frau Winkler

stimmt zu, dass das Integrationskonzept lang ist. Es ist aber deswegen so lang, weil es elf Bereiche und die ganze Stadt abdeckt. Bei der Veröffentlichung des Konzeptes wird es eine Zusammenfassung geben, die ca. 12 Seiten umfängt und in einer einfacheren Sprache verfasst wird.

Die Berichtspflicht für das neue Konzept beträgt 2,5 Jahre. Frau Winkler erklärt außerdem, dass hier das stadtteilbezogene Kommunikationskonzept gemeint ist, dies muss noch erarbeitet werden.

Herr Veters

hat auch ein Problem mit der Länge des Konzeptes, welches aus seiner Sicht unübersichtlich ist. Er möchte wissen, ob das Verfahren der gesundheitlichen Versorgung durch die Stadt, vereinfacht werden könne.

Frau Winkler

erläutert, dass ein vereinfachtes Verfahren bis jetzt gescheitert ist. Der Aufwand des Sozialamtes ist hier sehr groß (Ausstellung von Krankenscheinen etc.). Dies ist leider ein bundesweites Problem. Stadtstaaten haben da andere Möglichkeiten. Sachsen hat sich hier noch nicht positioniert, soll aber in absehbarer Zeit geändert werden).

Die OVin

lobt das Integrationskonzept und bemerkt, dass die Länge nicht das Entscheidende ist, sondern die Qualität. Sie stimmt zu, dass der Betreuungsschlüssel noch verbessert werden könne.

Die Befürwortung und Zustimmung zum Integrationskonzept soll gemäß dem Antrag der O-Rin Frau Schott ergänzt werden:

Das ein stadtteilbezogenes Kommunikationskonzept zugearbeitet wird.

Herr Forker verlässt um 21:32 Uhr den Sitzungssaal.

Herr Forker ist ab 21:37 Uhr wieder anwesend im Sitzungssaal.

SW08/05/2015

Der Ortschaftsrat stimmt der Vorlage V0220/14 zu, mit der Maßgabe der Erarbeitung eines Stadtteilkonzeptes (die übliche Berichterstattung ist ausreichend).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 15 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

9.1 Antrag auf Aufnahme einer Erarbeitung eines Stadtteilkonzeptes und einer jährlichen Berichtspflicht
Sitzungsverlauf

A-SW0006/15
beschließend

Der Antrag fließt in die Beschlussfassung mit ein. Der Ortschaftsrat stimmt mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 15 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

10 Flächennutzungsplan

**V-SW0022/15
beschließend**

Der TOP 9 wird vertagt auf 9. OR-Sitzung am 13.04.2015, da die Geschäftsordnung ein Sitzungsende bis 21:30 Uhr regelt und der TOP aufgrund seines Umfangs nicht innerhalb dieses Zeitrahmens abhandelbar ist.

11 Verwendung von Verfügungsmitteln der Ortschaft Schönfeld-Weißig zur Heimat- und Traditionspflege

**V-SW0021/15
beschließend**

SW 08/06/2015

Verwendung von Verfügungsmitteln der Ortschaft Schönfeld-Weißig an den Freundeskreis Eschdorf e. V. zum Betriebskostenzuschuss in Höhe von 2.722,24 Euro
Herr Quast war nach § 20 SächsGemO von der Beratung und Beschlussfassung ausgenommen.

Abstimmung: Zustimmung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

SW 08/07/2015

Verwendung von Verfügungsmitteln der Ortschaft Schönfeld-Weißig an die Bibliothek Weißig als Fahrtkostenzuschuss in Höhe von 854,96 Euro.

Abstimmung: Zustimmung

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

SW 08/08/2015

Verwendung von Verfügungsmitteln der Ortschaft Schönfeld-Weißig an die Stadtteilfeuerwehr Eschdorf für die Vereinsfahne zum 75-jährigen Bestehen in Höhe von 2.750,00 Euro.

Abstimmung: Zustimmung

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

SW 08/09/2015

Verwendung von Verfügungsmitteln der Ortschaft Schönfeld-Weißig für die Sozialpädagogische Kinder- und Jugendarbeit 2015 in Höhe von 1.275,00 Euro.

Abstimmung: Zustimmung

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

SW 08/10/2015

Verwendung von Verfügungsmitteln der Ortschaft Schönfeld-Weißig an die Bürgervereinigung Schullwitz von insgesamt 9.796,21 Euro in Höhe von 1.000,00 Euro als monatlicher Zuschuss.

Frau Schreiter war nach § 20 SächsGemO von der Beratung und Beschlussfassung ausgenommen.

Abstimmung: Zustimmung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

12 Informationen

Die Ortsvorsteherin schließt die öffentliche Sitzung um 21:45 Uhr.

Daniela Walter
Ortsvorsteherin

Jenny Böttger
Schriftführerin

Ortschaftsrätin/
Ortschaftsrat

Ortschaftsrätin/
Ortschaftsrat